

# **ESSENER ERKLÄRUNG**

**Antrag des  
Bundesvorstands  
an den 13. Parteitag  
in Essen**

## **Inhalt**

	Seite
<b>I. CDU-2000 – Die Krise als Chance</b>	3
<b>II. Unsere Maßstäbe und Prinzipien</b>	4
<b>III. Zur Sache – Die Tagesordnung für das 21. Jahrhundert</b>	5
<b>IV. Entschlossen nach vorn</b>	14

# I. CDU 2000 – Die Krise als Chance

**1.** Die Christlich Demokratische Union Deutschlands hat die Entwicklung unseres Landes in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nachhaltig geprägt: Die Integration Deutschlands in die Wertegemeinschaft der freien Staaten des Westens, die Soziale Marktwirtschaft, die Neuordnung des Systems der sozialen Sicherheit und insbesondere die Teilhabe der Rentner am Wohlstandsfortschritt der Gesellschaft, die Deutsche Einheit, der europäische Einigungsprozess – all diese Entscheidungen wurden gegen den zum Teil erbitterten Widerstand der deutschen Sozialdemokratie durchgesetzt. Sie tragen die Handschrift der CDU. Darauf sind wir stolz.

Am Beginn des 21. Jahrhunderts können wir mit Freude und Dankbarkeit feststellen: Der Kalte Krieg zwischen Ost und West ist überwunden, der Kommunismus ist zusammengebrochen, Demokratie und Freiheit haben sich durchgesetzt. Es wurde deutlich: Nur eine Ordnung der Freiheit – ausgedrückt in der politischen Ordnung der Demokratie und der wirtschaftlichen Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft – ist in der Lage, eine Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsverfassung zu schaffen, die

durch Freiheit, soziale Verantwortung, Gerechtigkeit und Solidarität geprägt ist. An der Weigerung, diese Erkenntnis anzunehmen, sind die totalitären und diktatorischen Systeme des Ostens 1989/1990 zerbrochen.

Nicht erst mit dem neuen Jahrhundert, sondern mit dem Fall der Mauer und dem Zusammenbruch des Kommunismus hat also ein neues Kapitel in der Geschichte Deutschlands und Europas begonnen. Dies verlangt auch von uns, die wir die politische Tagesordnung der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erfolgreich gestaltet haben, unseren Auftrag für das 21. Jahrhundert neu zu bestimmen.

**2.** Auf dem Parteitag in Erfurt im April 1999 haben wir damit begonnen. Die Erfurter Leitsätze setzen den Rahmen für notwendige Entscheidungen sowohl für eine schlagkräftige Struktur der Partei als auch für unsere inhaltliche Weiterentwicklung. Sie beschreiben den Aufbruch '99. 1999 wurde nach der Niederlage bei der Bundestagswahl im Herbst 1998 das Jahr unseres Aufbruchs und ein Jahr großartiger Wahlsiege. Wir haben die Europawahl haushoch gewonnen, Bremen und Berlin klar gehalten, SPD-Bastionen in Hessen, im Saarland und in Brandenburg gestürmt, absolute Mehrheiten in Thüringen und Sachsen errungen, sensationelle Ergebnisse insbesondere bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen erzielt.

In Schleswig-Holstein war der Regierungswechsel lange greifbar nahe. Doch seit einigen Monaten hat sich die CDU mit Vorgängen auseinander zu setzen, die wir noch vor kurzem nicht für möglich gehalten hätten. Die bekannt gewordenen Verstöße gegen das Parteiengesetz, gegen die Grundsätze der Transparenz und der innerparteilichen Demokratie haben unsere Partei, für die die Einhaltung von Recht und Gesetz zu ihrer Identität gehört, ins Mark getroffen. Weit aus bedeutender als der daraus entstandene finanzielle Schaden ist deshalb der Glaubwürdigkeits- und Vertrauensverlust, der eingetreten ist.

**3.** Die Christlich Demokratische Union Deutschlands muss die Chance, die in dieser Krise liegt, für ihre Erneuerung nutzen. Dieser ohnehin notwendige Prozess wird durch die Vorgänge der letzten Monate zusätzlich beschleunigt. Wir ziehen die notwendigen innerparteilichen Konsequenzen für mehr Transparenz und Kontrolle. Wir setzen unsere inhaltliche Erneuerung fort. Denn nur so werden wir so schnell wie möglich wieder mehrheitsfähig und schaffen die Voraussetzungen, unser politisches Erbe, unsere Grundwerte und unsere politische Kompetenz als Volkspartei der Mitte für das 21. Jahrhundert zukunftsfähig zu machen. Denn wir wissen: Erneuerung schafft Mehrheiten. So können wir die Voraussetzungen für den Regierungswechsel 2002 schaffen.

## II. Unsere Maßstäbe und Prinzipien

**4.** Wir wollen Orientierung statt rotgrüne Beliebigkeit. Je schneller der Wandel der Gesellschaft ist, desto wichtiger werden Orientierung und Richtung. Wir lassen uns leiten vom christlichen Verständnis vom Menschen, das den Einzelnen frei, verantwortlich und unantastbar in seiner Würde sieht. Im christlichen Menschenbild sind Freiheit und Mitverantwortung verankert. Das unterscheidet uns von individualistischen und kollektivistischen Denkansätzen gleichermaßen. Die CDU ist die große Volkspartei der Mitte. In ihr bündeln sich wertkonservative, christlich-soziale und liberale Überzeugungen. Das „C“ in unserem Namen gehört zum Grundverständnis der Union.

Wir wollen Mitmenschlichkeit statt rotgrünes Verteilungsdemokratie. Die soziale Qualität des Zusammenlebens in unserem Staat lässt sich nicht an der Höhe des Umverteilungsvolumens messen. „Wohlstand für alle“ muss im 21. Jahrhundert durch „Teilhabe für alle“ ergänzt werden. Neben Transferzahlungen werden Chancen zur Teilhabe am Arbeits- und am gesellschaftlichen Leben immer wichtiger. Wir brauchen gelebte Solidarität und den direkten Austausch in der Familie, der Nachbarschaft, den Kommunen.

Wir wollen Freiheit statt rot-grüne Bevormundung. Wir nehmen den Bürger ernst – als urteilsfähigen Menschen, der sein Leben in die Hand nimmt. Tragfähige Antworten auf die neuen Fragen unserer Zeit stärken die Freiheit des Einzelnen. Sie schützen die Freiheit vor Bevormundung durch verkrustete Bürokratien und komplizierte Entscheidungswege. Sie sichern die Freiheit für eine Beteiligung an den Zukunftsentscheidungen. Wir sagen ja zu einer Gesellschaft, die den Bürgern mehr Wahlmöglichkeiten bietet, vielfältige Chancen eröffnet, in der Teilnahme an der politischen Willensbildung und Transparenz der Entscheidungsstrukturen selbstverständlich sind, in der Leistung und Innovation honoriert, Solidarität und Toleranz gefördert werden. Wir sagen ja zu einer Gesellschaft, in der sich der Gemeinsinn entwickelt und in der Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung für andere Bürger, für Gemeinschaften und für das Gemeinwohl besteht. Wir bekennen uns ausdrücklich zu den Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, die jeder Mann ohne Ausnahme an Recht und Gesetz bindet. Wir wenden uns gegen falsch verstandene Toleranz gegenüber Gesetzesverstößen und Angriffe auf unsere staatliche Ordnung.

Wir haben klare Maßstäbe für unser Handeln. Die Bürger erwarten nicht nur Diskussionen und Debatten, sondern die Umsetzung von Ideen, von Antworten auf die Fragen unserer

Zeit. Sie erwarten Entscheidungen für die Zukunft. Akzeptiert werden Entscheidungen dann, wenn sie nachvollziehbar begründet werden, statt nur Betroffenheit zu vermitteln. Dauerhaften Bestand haben Entscheidungen, wenn sie nachhaltig gerecht sind und vor der nächsten Generation Bestand haben. Wirksam sind Entscheidungen, wenn sie vernetzte Sachverhalte regeln und nicht nur Teillösungen anbieten. Wer die Arbeitslosenversicherung auf Kosten anderer Sozialversicherungen saniert, hat weder Neues noch Gültiges geschaffen. Glaubwürdig sind Entscheidungen, wenn sie in der Achtung vor dauerhaften Werten getroffen werden. Für die Christlich Demokratische Union ist das die Verantwortung vor Gott und den Menschen.

### **III. Zur Sache – Die Tagesordnung für das 21. Jahrhundert**

**5.** Der Wandel unserer Zeit hat viele Kennzeichen: Die demographische Entwicklung in Deutschland und der Welt ist eines davon. In weiten Teilen der Welt steigen die Bevölkerungszahlen weiter dramatisch an. Erst vor kurzem wurde der 6-milliardste Erdenbürger geboren. Die Folgen für

die wirtschaftlich-soziale Entwicklung in vielen Ländern der Welt, für ihr Streben nach Teilhabe am Wohlstand, aber auch die Auswirkungen auf den Schutz der natürlichen Ressourcen sind offenkundig. Wenn eine Weltbevölkerung von 6 Milliarden Menschen, in diesem Jahrhundert sogar von 10 Milliarden und mehr, die Ressourcen nicht erschöpfen, die Umweltbelastungen tragbar halten und nicht zu unberechenbaren Explosionen zwischen Arm und Reich führen soll, dann müssen wir Brücken bauen für gerechte Lebenschancen in allen Teilen der Welt.

In Deutschland und Europa haben wir es mit einer demographisch genau gegenläufigen Entwicklung zu tun: Der Altersaufbau unserer Bevölkerung hat sich grundlegend gewandelt. Die Zahl der älteren Menschen wächst. Es werden deutlich weniger Menschen geboren, als zum Erhalt der Bevölkerung notwendig wäre. Diese Entwicklung hat vielfältige Ursachen. Wohlstand, wissenschaftlich-technischer Fortschritt und Bildung haben den Menschen in den westlichen Industrienationen ungeahnte Entfaltungsspielräume eröffnet. Die Familie steht heute in Konkurrenz zu anderen Lebensentwürfen, die mehr Freiräume für Beruf und Privatleben zu bieten scheinen und oft auch materiell attraktiver sind. Wir treten deshalb dafür ein, die Familien als Leistungsträger in unserer Gesellschaft zu stärken.

All diese Entwicklungen haben auch Auswirkungen auf die Zuwanderung und die Integration ausländischer Mitbürger. Sie stellen uns vor große Herausforderungen an die Gestaltung des Zusammenlebens der Menschen, der Erhaltung der Innovationsfähigkeit unserer Gesellschaft, an unsere sozialen Sicherungssysteme, die Teilhabe am Wohlstand im Alter auch unter den Bedingungen einer veränderten Demographie.

**6.** Der Wandel unserer Zeit hat noch weitere Schlagwörter: Globalisierung, Europäisierung, Digitalisierung. Der Wandel erfasst alle Lebensbereiche. Die Politik hat die Aufgabe, diesen Wandel mitzugestalten. Wir wollen Brücken schlagen in eine noch offene Zukunft und dem Wandel ein menschliches Gesicht geben. Der Schutz der Würde des Menschen ist ein großes Thema auch im 21. Jahrhundert. Das christliche Menschenbild ist uns Richtschnur, wenn es um den Schutz des Lebens geht.

Deshalb suchen wir neue Antworten auf neue Fragen – für uns und unser Land.

### ***Deutschland braucht neue Antworten zum Verhältnis von Bürger und Staat.***

**7.** Unser demokratischer Rechtsstaat, seine Regeln und Institutionen haben sich bewährt. Hier gelingt es, die unterschiedlichen Willensbildun-

gen und Interessen zusammenzuführen, im Sinne des Gemeinwohls zu prüfen und dann nach Abwägung verschiedener Interessen verbindlich zu entscheiden. Parlament und Regierung werden auch künftig Entscheidungszentren unserer Demokratie bleiben. Denn ausschlaggebend für das Vertrauen der Menschen in den Staat ist, dass er sich im Rahmen seiner Handlungsmöglichkeiten auch tatsächlich als handlungsfähig erweist. Wir brauchen nachvollziehbare Entscheidungsprozesse, Ergebnisse und Strukturen. Deshalb muss neu geprüft werden, was Staat und Politik leisten können und sollen und was nicht.

Der Staat muss auch in Zukunft für Ordnung und Sicherheit unseres Gemeinwesens sorgen. Wir brauchen einen starken Rechtsstaat, aber der Staat muss nicht alles zentral und bürokratisch regeln und bestimmen, zumal die Bürger heute in freierem Maß ihre Lebensentwürfe wählen und ihre Umwelt gestalten wollen.

**8.** Fortschreitende Individualisierung und gestiegene Mobilität haben den Menschen mehr Freiheit gebracht. Sie haben aber auch Veränderungen in gewachsenen Strukturen hervorgerufen wie etwa in der geringer gewordenen Bereitschaft, sich in Kirchen, Gewerkschaften oder politischen Parteien zu engagieren. Die Menschen erwarten heute eine Gesellschaft, die dem Einzelnen die gewünschten

Freiheitsspielräume erhält, ohne solidarische Pflichten aufzugeben. Deshalb brauchen wir auch hier mehr Teilhabe, müssen wir vielfältige Formen fördern, in denen sich Menschen engagieren und Teilhabe leben: in Stadtteilarbeit und Bürgerinitiativen, in Zukunftswerkstätten, im Ehrenamt. Wir müssen die kleinen Einheiten stärken. Die Kommunen brauchen mehr Handlungsvollmachten und Gestaltungsspielräume bis hin zu einer grundlegenden Reform der Kommunalfinanzen. Das gilt für die Erneuerung der Verwaltung, für mehr Effizienz und Bürgernähe wie auch für das Angebot von Beteiligungsmöglichkeiten in Städten und Gemeinden, im Bereich der Planung, der Schulen, der sozialen Einrichtungen.

**9.** Dringend Not tut eine Reform unserer bundesstaatlichen Ordnung. Es müssen wieder klare Verantwortlichkeiten und Zuständigkeitsbereiche definiert werden. Wir müssen klären, welcher Ebene unserer bundesstaatlichen Ordnung wir welche Entscheidungskompetenzen zuordnen. Die Länder müssen in die Lage versetzt werden, die ihnen übertragenen Aufgaben zu finanzieren. Konkurrierende Gesetzgebung verringert die Handlungsfähigkeit des Staates. Wo immer es solch eine Gesetzeslage gibt, muss sie im Sinne der Subsidiarität überprüft werden. Länderfusionen und Neugliederungen müssen diskutiert werden.

## **Deutschland braucht neue Antworten auf die Veränderungen im Arbeitsleben.**

**10.** Globalisierung und europäischer Einigungsprozess, der Wandel der Industriegesellschaft zur Informations- und Wissensgesellschaft, die Auswirkungen der Informations- und Kommunikationstechnologien auf die Arbeitswelt machen Wissen und Bildung zum wichtigsten Wirtschaftsfaktor der Zukunft. Wissen und seine Vermittlung nehmen heute die Rolle ein, die einst körperliche Arbeitskraft und Rohstoffvorkommen hatten. Die veränderte Wirtschaft hat auch Auswirkungen auf Unternehmensstrukturen und die Tarifpolitik. Dies führt nicht nur zu Veränderungen in unserem Arbeitsleben, dies führt auch zu einem neuen Verhältnis zwischen Erwerbsarbeit, Familienarbeit, sozialer Arbeit, Ehrenamt. Die Teilhabe aller am Arbeitsleben und am gesellschaftlichen Leben wird zur zentralen Frage unserer Gesellschaft.

**11.** Die Soziale Marktwirtschaft hat den lange dominanten Konflikt zwischen Arbeit und Kapital durch sozialen Ausgleich überwunden und Wohlstand für alle möglich gemacht. Heute geht es darum, die Soziale Marktwirtschaft unter den Bedingungen einer globalisierten Wirtschaft weiter zu entwickeln, um Arbeit zu schaffen und sozialen Ausgleich neu zu organisieren. Die Neue Soziale

Frage des 21. Jahrhunderts ist die globale soziale Frage.

**12.** Auch im 21. Jahrhundert bleibt eine Politik für mehr wirtschaftliche Dynamik die entscheidende Voraussetzung für die Schaffung von Arbeitsplätzen, für Wohlstand und soziale Sicherheit. Wir stellen fest, dass es den Industriestaaten, die auf eine geringere Staatsquote und eine Absenkung der Steuer- und Abgabenlast, einen Anstieg der Investitionen zu Lasten konsumptiver Ausgaben, aktive Arbeitsmarktpolitik sowie flexible tarif- und arbeitsrechtliche Strukturen setzen, besser gelingt, die Dynamik ihrer Wirtschaft freizusetzen und Arbeitsplätze zu schaffen. Die Unternehmenssteuerreform darf nicht in erster Linie Großfusionen fördern; sie muss vor allem die kleineren und mittleren Unternehmen, die den Großteil der Arbeitsplätze schaffen, entlasten.

Arbeit für alle bleibt unser Anspruch. Wir finden uns mit der hohen Arbeitslosigkeit nicht ab. Gerade in den neuen Ländern, wo die Arbeitslosigkeit doppelt so hoch liegt wie im Bundesdurchschnitt, muss die Politik für mehr Wachstum und mehr Beschäftigung ohne Abstriche fortgesetzt werden. Der Aufbau Ost muss Priorität behalten.

Deutschland braucht wettbewerbs- und leistungsfähige Arbeitsmärkte. Vor allem Arbeitsplätze im unteren

Vergütungsbereich werden kaum zur Verfügung gestellt, obwohl die Gesellschaft einen großen Bedarf im einfachen Dienstleistungsbereich hat. Ferner existieren kaum Anreize, diese Arbeitsplätze anzunehmen, sofern es sie gibt. Wir müssen mehr Durchlässigkeit erreichen zwischen den Systemen staatlicher Absicherung und den Arbeitsmärkten. Die sozialen Sicherungssysteme müssen sicherstellen, dass angebotene Arbeit auch tatsächlich angenommen wird.

Wir wollen die Teilhabe an den Erträgen des wirtschaftlichen Fortschritts durch eine verstärkte Beteiligung am unternehmerischen Vermögen verbessern. Von den hohen Wertzuwächsen innovativer Unternehmen sollen möglichst viele profitieren. Aktienbesitz ist deshalb – neben dem Erwerb von Wohn- und Grundeigentum – eine immer wichtiger werdende Form der Teilhabe im 21. Jahrhundert.

Wir wollen die Chance zur Teilhabe am Erwerbsleben deutlich erhöhen durch eine stärkere Öffnung des Arbeitsmarktes für einfach qualifizierte Tätigkeiten, durch verbesserte und erweiterte Weiterbildungsangebote für Arbeitnehmer und Erwerbslose im Sinne einer vorausschauenden Wirtschafts- und Sozialpolitik, durch eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die CDU will qualifizierte Kinderbetreuungsangebote. Dies ist ein wichtiger Schritt zur Ver-

wirklichung der tatsächlichen Gleichstellung von Mann und Frau.

### **Deutschland braucht neue Antworten zur Weiterentwicklung seiner sozialen Ordnung.**

**13.** Entscheidungen müssen vor der nächsten Generation Bestand haben können. Dies wird gerade bei der Neugestaltung der sozialen Sicherungssysteme und der Reform unseres Steuersystems deutlich.

Dringend erforderlich ist zum einen eine Reform unserer Alterssicherung. Sie muss alle drei Säulen beinhalten: In der gesetzlichen Rentenversicherung wollen wir Verlässlichkeit wiederherstellen. Die Beitragszahler müssen erkennen können, was die Beiträge für ihre Altersvorsorge wert sind. Das ist nur möglich, wenn die Auswirkungen der gestiegenen Rentenbezugsdauer gerecht auf Rentner und Beitragszahler verteilt werden, wie wir es mit dem demographischen Faktor vorgeschlagen haben. Die betriebliche Altersvorsorge muss so gestaltet werden, dass Arbeitnehmer ihre erworbenen Ansprüche schneller und einfacher als heute von einer Beschäftigung zur nächsten mitnehmen können. Die ergänzende private Altersvorsorge muss weiter gestärkt werden. Dazu gehört die Freistellung von Aufwendungen für die Altersversorgung von Steuern und Abgaben. Kleinverdiener müssen zusätzlich gefördert werden.

**14.** Auch unser Gesundheitssystem muss flexibel und leistungsfähig bleiben, damit wir die Teilhabe aller am medizinischen Fortschritt sichern können. Mehr Wettbewerb unter den Leistungsanbietern wird Innovation erzeugen und Wirtschaftlichkeitsreserven freisetzen. Erweiterte Wahlmöglichkeiten werden die Souveränität der Versicherten stärken und die Qualität der Leistungen verbessern.

**15.** Nicht zuletzt braucht Deutschland auch eine konsequente Steuersenkungspolitik, die spürbar Arbeitnehmer und ihre Familien, kleine, mittlere und große Unternehmen entlastet. Wachstum und Kaufkraft müssen gestärkt werden, Leistung muss sich lohnen. Neben eine konsequente Steuersenkungspolitik muss eine tiefgreifende Steuervereinfachung treten. Wo Anreize bestehen, sich den Pflichten als Staatsbürger zu entziehen, müssen sie beseitigt werden. Alle Einkommen unterliegen grundsätzlich der Besteuerung.

### ***Deutschland braucht neue Antworten auf dem Weg zur Wissensgesellschaft.***

**16.** Deutschlands Bildungssystem darf nicht ins Mittelfeld abrutschen, sondern muss wieder überall vorbildlich werden. Die Qualität von Bildung und Ausbildung in Deutschland entscheidet über die Lebenschancen des Einzelnen und über die Zukunfts-

perspektiven unserer Wirtschaft. Wir wollen den Aufbruch in die lernende Gesellschaft schaffen.

Die politische Tagesordnung für das 21. Jahrhundert ist wesentlich geprägt durch die digitale Revolution, das heißt die Bedeutung der Informations- und Kommunikationstechniken in Wissenschaft und Forschung, Wirtschaft und Verwaltung und auch in vielen persönlichen Lebensvollzügen. Die neuen Möglichkeiten der globalen Kommunikation, der globalen Wissensbeschaffung und des globalen Handels mit Waren und Finanzwerten verändern Arbeitsstrukturen und Arbeitstechniken tiefgreifend. Dabei ist das rasante Tempo der Entwicklungen von besonderer Bedeutung. Es ist Aufgabe der Politik, die Menschen auf diesen Wandel vorzubereiten. Eine moderne Politik muss sich an dem Ziel messen lassen, wie viele Entfaltungschancen sie den Menschen im Zeitalter von Globalisierung und Digitalisierung eröffnet.

Der Zugang zu einer qualifizierten Bildung ist eine strategische Frage für eine vorausschauende Sozial- und Wirtschaftspolitik. Wirtschaft und Politik müssen schon frühzeitig die richtigen Signale geben und junge Menschen auf die Chancen aufmerksam machen, die sich in den großen Zukunftsbranchen eröffnen. Statt als scheinbares Patentrezept ausländische Arbeitnehmer für den IT-Bereich nach Deutschland zu

holen, müssen in erster Linie unsere Jugendlichen in Deutschland für die Zukunft fit gemacht werden. Unser Land kann sich Technologiefreundlichkeit nicht leisten.

Das Bildungssystem der Zukunft muss sich an alle Alters- und Berufsgruppen wenden. Aufgrund des beschleunigten Wandels und der älter werdenden Erwerbsbevölkerung erhält gerade die Weiterbildung eine besondere Bedeutung. „Weiterbildung mit 50“ statt „Rente ab 60“ ist gerechter und wirtschaftspolitisch sinnvoller. Die Älteren in unserer Gesellschaft werden für die weitere wirtschaftliche Entwicklung gebraucht.

**17.** Wir begreifen den Bürger als eigenständig und eigenverantwortlich Handelnden. Der Einzelne muss seine Stärken und Möglichkeiten entfalten können, damit er im Wandel von Globalisierung, technologischem Fortschritt, Digitalisierung besteht. Eine optimale Ausbildung in Schule, beruflicher Bildung, Hochschule und Weiterbildung ist dazu ebenso eine Voraussetzung wie die Möglichkeit, eine eigenständige, starke Identität im sozialen Gefüge der Familie, der Nachbarschaft und Region ausbilden zu können. Der schnelle Wandel darf den Einzelnen nicht heimatlos machen. Soziales Lernen ist mindestens so wichtig wie die Vermehrung des Wissens. Bindungen in Familie, Nachbarschaft und Region schaffen Identität. Sie sind das innere Gegen-

gewicht zur steten Veränderung im Äußeren. Gerade auf dem Weg zur Wissensgesellschaft gilt es, sowohl die Familie als auch die inneren Bindungskräfte der Gesellschaft insgesamt zu fördern – vor allem auf kommunaler Ebene und im Ehrenamt.

### **Deutschland braucht neue Antworten für seine Rolle in Europa und in der Welt.**

**18.** Europäische Gemeinschaft und Europäische Union haben sich als Kern einer stabilen Friedens- und Freiheitsordnung bewährt. Im 21. Jahrhundert können wir Europäer die großen Aufgaben nur noch in enger Zusammenarbeit bewältigen. Als Land in der Mitte Europas hat gerade Deutschland ein vitales Interesse an einer gemeinsamen europäischen Politik im Geiste der Partnerschaft und Freundschaft.

Die Gestaltung der Europäischen Union nicht nur als Wirtschafts- und Währungsunion, sondern auch als politische Union stellt die föderale Ordnung der Bundesrepublik Deutschland vor neue Herausforderungen und verändert die nationalen Entscheidungsspielräume. Die Erweiterung der Europäischen Union setzt eine Vertiefung der europäischen Integration zwingend voraus. Zur Stärkung ihrer Handlungsfähigkeit muss die Europäische Union institutionell in Zusammensetzung, Arbeitsweise und Entscheidungsverfahren

ihrer Organe weiterentwickelt werden, um unter veränderten Bedingungen handlungsfähig zu bleiben. Dies schließt auch einen weitgehenden Ausbau des Systems der Mehrheitsentscheidungen im Rat bei gleichzeitiger Mitentscheidung des Europäischen Parlamentes ein. Bei europäischen Entscheidungsprozessen müssen die Bundesländer ihre Interessen vertreten können.

Den einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Union muss es unbenommen bleiben, bilateral engere Kooperationen zu vereinbaren, als dies zunächst auf gesamteuropäischer Ebene möglich ist.

**19.** Wir treten dafür ein, ab 2003 die ersten mitteleuropäischen Länder als neue Mitglieder in die Europäische Union aufzunehmen, sofern sie die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für einen Beitritt erfüllen. Gerade Deutschland zieht aus einer Erweiterung der Europäischen Union Nutzen, wird diese doch dazu führen, unser Land aus der Randlage in der Europäischen Union herauszuführen und es von Nachbarn umgeben sein zu lassen, die Partner in der Union sind.

Wir müssen den Mut haben, ehrlich auch über die Ziele und Grenzen der Europäischen Union zu sprechen und die Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union klar zu definieren. Den von der

Bundesregierung forciert betriebenen Beitritt der Türkei in die Europäische Union halten wir für falsch, denn er überfordert den Einigungsprozess. Wir fordern vor diesem Hintergrund eine gründliche und alle Argumente abwägende öffentliche Debatte über die Ziele, Inhalte und Grenzen der Erweiterung der Europäischen Union.

**20.** Wer es gut mit Europa meint, muss die Erweiterung der Europäischen Union auch als Chance nutzen, die Kompetenzen zwischen Brüssel und den Nationalstaaten neu zu definieren. Europa muss dort handeln können, wo die Nationalstaaten allein nicht mehr in der Lage sind, die Probleme ihrer Völker zu lösen. Dazu zählen vor allem die Sicherung von Frieden in Freiheit, das weltweite Engagement für Demokratie und Menschenrechte, die konsequente Bekämpfung der international organisierten Kriminalität, die Bewältigung der sozio-ökonomischen Herausforderungen angesichts der Globalisierung und die Bewahrung der Schöpfung. Die zur Bewältigung solcher Aufgaben erforderlichen Befugnisse, Zuständigkeiten und Souveränitätsrechte müssen auf die Europäische Union übertragen werden.

Aber die Europäische Union kann nicht für alles zuständig sein. Was auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene zufriedenstellend geregelt

werden kann, braucht nicht und darf nicht auf europäischer Ebene geregelt werden. Nur wenn anstehende Entscheidungen möglichst nahe bei den betroffenen Bürgern fallen, werden sie auch von diesen verstanden und akzeptiert. Wir fordern deshalb eine umfassende Neuregelung der Zuständigkeiten in der Europäischen Union und in Deutschland; wo notwendig, müssen Regelungen – auch europäische – zugunsten nationaler, regionaler oder kommunaler Verantwortung zurückgeführt werden. Wir streben einen Verfassungsvertrag an, in dem die Zuständigkeiten zwischen den Ebenen klar geregelt werden.

**21.** Europa muss seinem politischen Willen, Frieden, Sicherheit und den Schutz der Menschenrechte zu gewährleisten, auch glaubhaft Ausdruck verleihen können. Die Europäische Union muss in Partnerschaft mit den USA über eine gemeinsame außen- und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit verfügen. Wir treten deshalb für den Ausbau einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität in der NATO ein. Dazu soll die Westeuropäische Union in die Europäische Union übergehen. Auch in der europäischen Entwicklungspolitik muss die außenpolitische Verantwortung Europas deutlich werden.

Deutschland muss an den gemeinsamen Aufgaben im Rahmen der

Europäischen Union und des NATO-Bündnisses teilnehmen und die Rechte und Pflichten, die es mit dem Beitritt zu den Vereinten Nationen übernommen hat, in vollem Umfang wahrnehmen. Die Bundeswehr trägt entscheidend dazu bei, die politische Handlungs- und Bündnisfähigkeit Deutschlands zu erhalten. Sie muss mit ausreichenden Mitteln ausgestattet sein, um ihren Auftrag erfüllen zu können. Wir setzen uns für die Erhaltung der allgemeinen Wehrpflicht ein.

**22.** Nicht zuletzt gefördert durch die sich sprunghaft entwickelnden Informations- und Kommunikationstechnologien wächst auf allen Kontinenten der Erde das Bewusstsein dafür, dass die Menschen dieser einen Welt in einer gemeinsamen Verantwortung für die Zukunft stehen. Während das 20. Jahrhundert von Kolonialismus, Nationalismus, vielfältigen Diktaturen, von zwei Weltkriegen und dem Jahrzehnte andauernden Ost-West-Gegensatz geprägt war, haben wir im 21. Jahrhundert erstmals die Chance, eine neue Weltordnung zu gestalten, die überall für Frieden in Freiheit, Menschenrechte und Demokratie sowie menschenwürdige Lebensbedingungen eintritt.

Wesentlicher Bestand der neuen Weltordnung muss ein neues Welt-handelssystem mit freiem Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr

sein. Der WTO kommt hier eine wachsende Bedeutung zu. In der neuen Weltordnung muss die Öffnung der Märkte selbstverständlich sein, denn dies bringt im Ergebnis Vorteile für alle.

**23.** Nur auf der Basis eines globalen Ordnungsrahmens kann die Bewahrung der Schöpfung wirklich gelingen. Eines der wichtigsten Ziele muss es sein, Formen der Energienutzung zu entwickeln, die ökologisch vertretbar und weltweit einsetzbar sind. Die hochentwickelten Industrieländer mit ihrem hohen Pro-Kopf-Verbrauch an Energie stehen hier in der Pflicht, ihr Know-how und ihr wirtschaftliches Potential zum Nutzen der internationalen Völkergemeinschaft einzusetzen.

**24.** Wir leben in einer Welt, in der über eine Milliarde Menschen weniger als 2 DM pro Tag zur Verfügung haben. Es wird immer schwieriger und in einzelnen Regionen der Erde mehr und mehr unmöglich, abwehrende Grenzen zwischen Reich und Arm zu errichten. Wir können nicht gleiche Lebensbedingungen für alle Menschen an jedem Ort der Welt sicherstellen. Wir können auch keine globale Umverteilung organisieren. Wir können uns aber für mehr Hilfe zur Selbsthilfe einsetzen – auch durch verbesserten Zugang zu den Weltmärkten, durch bessere Bildung

und wirksamere medizinische Hilfe sowie durch die Vermittlung von ökonomischem und technischem Know-how. Diese Herausforderung anzunehmen, ist nicht nur im Interesse der Menschen in den betroffenen Ländern, sondern auch in unserem eigenen nationalen und europäischen Interesse.

## IV. Entschlossen nach vorn

**25.** Nach den Ereignissen der zurückliegenden Monate setzt die CDU Deutschlands in Essen ein Signal des Neubeginns. Wir nutzen die Chance, verloren gegangenes Vertrauen wiederzugewinnen. Wir setzen unseren in Erfurt begonnenen Erneuerungsprozess fort. Auf dem Kleinen Parteitag im Dezember vergangenen Jahres haben wir ein neues familienpolitisches Programm verabschiedet. Ein weiterer Kleiner Parteitag wird noch in diesem Jahr unser bildungspolitisches Profil weiterentwickeln. Die Kommissionen zur Reform des Sozialstaates und zur Stärkung der kleinen Einheiten erarbeiten derzeit auf der Grundlage der Erfurter Leitsätze ihre Konzepte.

Wir wissen: die Opposition von heute ist die Regierung von morgen. Entschlossen gehen wir nach vorn und schaffen die Voraussetzungen dafür.

Wir wollen die Mehrheiten in den Kommunen, in den Ländern und in Deutschland bis zur Bundestagswahl 2002 zurückgewinnen. Unser Land und Europa brauchen eine starke CDU, die den Menschen Zuversicht

und Vertrauen in ihre eigene Kraft gibt, die ihnen in Deutschland die Chance für ein Leben in Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit bietet und die die Zukunftsaufgaben unseres Landes kraftvoll gestaltet. ■

***Deutschland braucht neue  
Antworten zum Verhältnis von  
Bürger und Staat.***

***Deutschland braucht neue  
Antworten auf die Veränderungen  
im Arbeitsleben.***

***Deutschland braucht neue  
Antworten zur Weiterentwicklung  
seiner sozialen Ordnung.***

***Deutschland braucht neue  
Antworten auf dem Weg zur  
Wissensgesellschaft.***

***Deutschland braucht neue  
Antworten für seine Rolle in  
Europa und in der Welt.***